

Diskussionspapier

Forschungsgruppe
Naher/Mittlerer Osten und Afrika
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit



Stefan Mair

Afrikas Entwicklungshemmnisse und die Rolle deutscher Afrikapolitik

Vortrag vor der Society for
International Development (SID),
Berlin Chapter, am 31.10.2002

Diskussionspapier der FG 6, 2002/06
Dezember 2002
Berlin

Diskussionspapiere sind Arbeiten im Feld der Forschungsgruppe, die nicht als SWP-Papiere herausgegeben werden. Dabei kann es sich um Vorstudien zu späteren SWP-Arbeiten handeln oder um Arbeiten, die anderswo veröffentlicht werden. Kritische Kommentare sind in jedem Fall willkommen.

Inhalt

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Lage Anfang der 90er 2

Entwicklungen in den 90er Jahren 2

Konstanten 3

Deutsche Afrikapolitik 5

Lage Anfang der 90er

Derzeit scheint bei der Wahrnehmung Afrikas in Wissenschaftskreisen eher eine pessimistische Sichtweise zu überwiegen. Sie steht im scharfen Kontrast zur Euphorie Anfang der 90er Jahre, die nicht nur in Afrika, sondern auch unter Afrikapolitikern und Afrikawissenschaftlern herrschte. Das Ende des Kalten Krieges schien den Weg frei gemacht zu haben, für eine Beendigung der Bürgerkriege auf dem Kontinent, die vor allem als Stellvertreterkriege wahrgenommen worden waren. Tatsächlich konnte der Konflikt in Mosambik gelöst werden, waren die Ansätze für eine Befriedung Angolas vielversprechend, entließ Äthiopien Eritrea endlich in die Unabhängigkeit, zog sich Südafrika aus Namibia zurück und zeigte selbst die Bereitschaft, das eigene Apartheidssystem aufzugeben.

Ferner schien das Ende des Ost-West-Konflikts aber auch Voraussetzung für den demokratischen Wandel Afrikas zu schaffen. Nicht länger wurden afrikanische Diktatoren nur deshalb unterstützt, weil sie Ost- oder Westblock eine Mehrheit in der UN-Vollversammlung sicherten. Statt dessen drängte die internationale Gebergemeinschaft jetzt auf Demokratie, gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und Schutz der Menschenrechte und machte die Qualität und Quantität ihrer Entwicklungshilfe von der Erfüllung dieser Bedingungen abhängig. Tatsächlich stürzten einige langjährige autoritäre Führer; fast alle von ihnen waren gezwungen, Mehrparteiensysteme zuzulassen und sich Wahlen zu stellen. Demokratische Regierungsführung wurde allerdings nicht nur als Wert an sich betrachtet, sondern von den bilateralen Gebern und den internationalen Finanzorganisationen als Voraussetzung für die Entwicklungsorientierung staatlichen Handelns und das Gelingen der Wirtschaftsreformen verstanden. Korruption und Unfähigkeit der meisten autoritären Regime in den 80er Jahre hatten in der Tat wesentlich dazu beigetragen, daß die Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank vor allem soziale Kosten, aber keinerlei wirtschaftliche Dynamik entfalteten.

Schließlich schien das Ende des Ost-West-Konflikts den Weg frei zu machen für eine globale Strukturpolitik, bei der der reiche Norden seine Verantwortung für den Süden akzeptiert, nicht nur bereit ist, sich dort zu engagieren, sondern auch Ungerechtigkeiten im Weltwirtschaftssystem abzubauen und einen Teil der sogenannten Friedensdividende in Entwicklungshilfe

umzuleiten. Tatsächlich intervenierte die internationale Gemeinschaft in Somalia aus vorwiegend humanitären Motiven und die Ankündigungen zur Steigerung von Entwicklungshilfe und Deregulierung des Agrarmarktes waren vielversprechend.

Zu guter Letzt schien das Ende des Ost-West-Konflikts den Weg für eine Annäherung der afrikanischen Staaten aneinander zu ebnen. Regionalorganisationen wie die ECOWAS und die SADC entfalteten ungeahnte Dynamik, die ostafrikanische EAC wurde neu gegründet.

Entwicklungen in den 90er Jahren

Die meisten Beobachter wurden damals von diesen vielversprechenden Entwicklungen geblendet, und dann um so mehr von den zahlreichen Rückschlägen im Verlauf der 90er Jahre frustriert.

Der Großteil der jungen Demokratien erwies sich in wenigen Jahren als Fassadendemokratien. Zahlreichen autoritären Führern gelang es, durch Manipulation des demokratischen Prozesses an der Macht zu bleiben. Dort, wo sie durch andere ersetzt wurden, verbreitete sich schnell die Erkenntnis, daß die neuen Führer der gleichen Klasse angehören wie die alten – vom Elitenrecycling war die Rede –, daß sie kaum weniger korrupt und unfähig als ihre Vorgänger waren. Wirtschaftsreformen blieben weiterhin ohne Erfolg. Die vielerorts vorangetriebene Privatisierung schien nur dazu zu führen, daß sich Staatsunternehmen in den privaten Händen der politischen Elite wiederfanden. Soziale Daten – wie Alphabetisierungsrate, Pro-Kopf-Einkommen, Kindersterblichkeit und Lebenserwartung – verschlechterten sich in vielen Ländern erheblich.

Noch viel beunruhigender war allerdings, daß die Zahl der gewaltsamen Konflikte nicht ab-, sondern zuzunehmen schien. Der Konflikt in Angola brach wieder auf, Somalia, Liberia und Sierra Leone kollabierten, Ruanda erlebte einen Genozid, die DR Kongo bot den Schauplatz für den sogenannten ersten afrikanischen Weltkrieg, der Konflikt im Sudan dauerte fort, Äthiopien und Eritrea lieferten sich einen blutigen Stellungskrieg. Zuletzt schlitterten sogar die einst als stabil und hoffnungsvoll geltenden Staaten Simbabwe und Elfenbeinküste an den Rand des Abgrunds.

Die Bereitschaft der internationalen Gemeinschaft, einen Beitrag zur Lösung dieser Konflikte zu leisten, war gering. Nach dem Scheitern der Mission in Somalia war weder die USA noch ein europäischer Staat

willens, sich dauerhaft militärisch in Bürgerkriegsregionen zu engagieren. Nicht einmal die deutlichen Hinweise auf die zu erwartenden Ereignisse im Vorfeld der Massenmorde in Ruanda reichten dafür aus. Die Gebergemeinschaft scheute aber nicht nur die personellen und materiellen Kosten friedensschaffender Einsätze. Auch die Hoffnungen auf die Friedensdividende realisierten sich nicht. Statt einer Erhöhung wurde die Entwicklungshilfe in den 90er Jahren, gemessen am BIP, um ein Drittel reduziert. Auch die Bereitschaft, zugunsten von Afrika auf Agrarprotektionismus und Agrarsubventionen zu verzichten, tendierte gegen null. Die WTO-Verhandlungsrunde von Uruguay war für die afrikanischen Staaten eine Enttäuschung; die neuen Hoffnungen, die sich auf die Runde von Doha konzentrieren, scheinen angesichts jüngst geschaffener Agrarsubventionen der USA und der Festschreibung der Agrarpolitik der EU bis 2007 unrealistisch.

Darüber hinaus scheint der Kampf gegen den internationalen Terrorismus den Willen zur Demokratieförderung deutlich reduziert zu haben. Gegenwärtig scheinen die USA einen autoritären Führer wie Pakistans Präsident Musharraf, der vorgibt den Terrorismus zu bekämpfen, einer halbwegs demokratischen Regierung wie in Indonesien vorzuziehen, der der Willen und die Fähigkeit zur effektiven Repression islamistischer Kräfte fehlt.

Schließlich konnten die afrikanischen Regionalorganisationen nur wenig Fortschritte bei der Schaffung regionaler Märkte verzeichnen und versagten weitgehend bei der Prävention und Lösung zwischen- sowie innerstaatlicher Konflikte. Nur die westafrikanischen ECOWAS unternahm erhebliche, wenn auch nur zum Teil erfolgreiche Anstrengungen in diesem Politikbereich. Als sei dies alles noch nicht genug, breitete sich AIDS in Afrika mit ungeheurer Rasanzen aus und sorgte mittlerweile in Ländern wie Simbabwe und Botswana dafür, daß die durchschnittliche Lebenserwartung um mehr als zehn Jahre sank.

Konstanten

Die Skizze der Entwicklungen in den vergangenen zwölf Jahren erweckt den Eindruck einer Sinus-Kurve – ähnlich der von Konjunkturzyklen: Nach der Aufwärtsbewegung Anfang der 90er Jahre folgt ein Abwärtstrend seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts, dem – so die Optimisten – bald wieder ein Aufwärtstrend folgen muß. Dieser Eindruck ist aus zwei Gründen

den falsch. Er verschleiert die Konstanten in der afrikanischen Entwicklung und täuscht eine uniforme Entwicklung auf dem Kontinent vor.

Eine wesentliche Konstante afrikanischer Politik ist der **Neopatrimonialismus** – ein System, bei dem die traditionelle Machtausübung über persönliche Beziehungen staatliche Institutionen durchdringt und sie nutzt, um den Machterhalt zu sichern. Der Machthaber bedient sich der staatlichen Kontrolle über Ressourcen, um politische Gefolgschaft durch Posten, Privilegien und materielle Zuwendungen zu entlohnen. Was heißt das konkret? Führungspositionen in der Verwaltung und in Staatsunternehmen gehen an einflußreiche Mittelsmänner, Lizenzen zur Einfuhr begehrter Devisen und Handelsgüter werden entsprechend verteilt. Straßen, Schulen, Hospitäler und Stahlfabriken werden dort gebaut, wo die Bevölkerung sich loyal gegenüber dem Patron zeigt.

Dieses System der Machtausübung ist politisch äußerst effektiv und garantierte Afrika in den 70er und 80er Jahren ein relativ hohes Maß an politischer Stabilität. Leider ist es ökonomisch äußerst ineffizient, da knappe Ressourcen nicht denen zugeteilt werden, die sie am gewinnbringendsten verwenden können, sondern jenen, die Mittel und Konfliktfähigkeit besitzen, sie am nachdrücklichsten einzufordern. Die daraus resultierenden volkswirtschaftlichen Verluste fallen solange nicht ins Gewicht, wie sie durch externe Zuwendungen aufgefangen werden. Diese Rolle spielte in den 70er und 80er Jahren die Entwicklungshilfe. Deren Bindung an politische Auflagen und ihre generelle Reduzierung im Verlauf der 90er Jahre führte dazu, daß externe Finanztransfers zur Aufrechterhaltung des Klientelsystems immer weniger zur Verfügung standen. Dies resultierte zum einen im formellen Ende autoritärer Herrschaft. Autoritäre Führer machten formaldemokratische Zugeständnisse, um den Zugang zu öffentlicher Entwicklungshilfe wiederzuerlangen, ebenso wie sie sich in der Vergangenheit formal zu Strukturanpassungsprogrammen bekannt hatten, um Kredite der internationalen Finanzorganisationen zu sichern.

Hinter dieser Fassade blieben allerdings die eingefahrenen Herrschaftsmechanismen in Kraft. Staatliche Mittel wurden jetzt nicht mehr zur Belohnung von Duldsamkeit, sondern zum Kauf von Wählerstimmen eingesetzt. Statt Lizenzen zur Einfuhr von Waren und Devisen wurden jetzt ganze Staatsunternehmen an Mittelsmänner verteilt und diese mit lukrativen Staatsaufträgen versorgt. Die neuen demokratischen Führer, die in einigen Ländern an die Macht kamen,

paßten sich sehr schnell diesen Mechanismen an. Wo Entwicklungshilfe nicht ausreichte, um das Herrschaftssystem zu stabilisieren, erschlossen sich einige Regierungen, wie die Sambias, Burkina Fasos und Ugandas, durch illegale oder gar kriminelle Unternehmungen – Geldwäsche, Schmuggel von Diamanten, Tropenholz und Konsumgütern – neue Geldquellen. Der Begriff der Kriminalisierung des Staates breitete sich aus. Diese Entwicklung trug nicht dazu bei, eine minimale Funktionsfähigkeit des Staates aufrechtzuerhalten. An eine unzureichende Versorgung mit Energie, Wasser, Schulen und Gesundheit von staatlicher Seite hatten sich viele Afrikaner in den 80er Jahren bereits gewöhnt. Neu war für die meisten von ihnen, daß der Staat in den 90er Jahren immer weniger in der Lage war, für Sicherheit zu sorgen und das Gewaltmonopol über das gesamte Territorium aufrechtzuerhalten. Der Staatsversagen ging über in den Zerfall von Staaten.

Das Modell hierfür ist Somalia, aber auch die beiden Kongos, die ZAR, Sierra Leone und Liberia sind Paradebeispiele dieses Prozesses. Wo der Staat über immer weniger Ressourcen verfügte, um konfliktfähige Gruppen an sich zu binden, wandten sich diese von ihm ab und konzentrierten sich darauf, in Konkurrenz mit anderen Gruppen und unter dem Einsatz von Gewalt knappe und lukrative Ressourcen selbst unter Kontrolle zu bekommen. Kriegsherren und Kriegsökonomien etablierten sich in Guinea, Sierra Leone, Liberia, dem Tschad, Sudan, Somalia, der DR Kongo, der Republik Kongo und in Angola.

Damit sind wir bei der zweiten Konstante afrikanischer Entwicklung: **Den ungünstigen natürlichen Gegebenheiten** und der **Abhängigkeit von der Ausbeutung von Rohstoffen**. Zwar gibt es gegenwärtig in der Entwicklungstheorie wieder einmal einen heftigen Disput darüber, ob das Ausbleiben von Entwicklung eher auf falsche Politik oder ungünstige Entwicklungsbedingungen zurückzuführen ist, aber selbst jene, die das entscheidende Defizit in bad governance sehen, leugnen nicht, daß Afrika mit seinen klimatischen Verhältnissen und geographischen Gegebenheiten äußerst schwierige Voraussetzungen für den Aufbau einer international wettbewerbsfähigen Industrie hat. Je geringer die Aussicht auf Arbeitsplätze und wirtschaftliche Entwicklung ist, desto wichtiger wird der Zugriff auf attraktive, leicht verwertbare Rohstoffe und desto größer die Bereitschaft, dazu Gewalt einzusetzen. Die gewaltsamen Konflikte Afrikas wurden in den 70er und 80er Jahren zwar vom Ost-West-Konflikt überlagert, waren aber stets primär Verteilungskonflikte um

politische Macht und knappe Ressourcen.

Die dritte Konstante in der Entwicklung Afrikas ist die **marginale Rolle**, die die Region **in** der **Weltpolitik** und der **Weltwirtschaft** spielt. Selbst in den Hochzeiten des Ost-West-Konflikts erschöpfte sich die internationale Bedeutung der meisten afrikanischen Staaten weitgehend in deren Abstimmungsverhalten in internationalen Organisationen. Um sich Mehrheiten aus Afrika zu sichern, reichte es für den Westblock aus, einen Bruchteil der Staatsausgaben für Entwicklungshilfe aufzuwenden.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts verlor Afrika südlich der Sahara nahezu jegliche strategische Bedeutung. Es zeigte sich schnell, daß moralische Appelle an das Verantwortungsbewußtsein des Nordens und der Verweis auf den langfristigen Schaden einer etwaigen Vernachlässigung Afrikas in einer Zeit wachsender Staatsschulden und zunehmender Verteilungskonflikte in den Industrieländern nicht ausreichte, um die Entwicklungshilfe zu erhöhen oder den europäischen und amerikanischen Bauern gar Einkommenseinbußen zugunsten ihrer afrikanischen Kollegen zuzumuten. Es ist nicht zu erwarten, daß in der anstehenden WTO-Verhandlungsrunde von Doha die Handels- und Agrarpolitiker Europas und der USA afrikanischen Staaten in einer Weise entgegenkommen, die diesen wirklich faire Ausgangsbedingungen für eine Integration in die Weltwirtschaft verschafft. Aber nicht nur die internationale Politik wandte sich von Afrika ab, sondern auch die Wirtschaft. Der Anteil Afrikas am internationalen Handel und an den Auslandsinvestitionen sank in den 90er Jahren von einem ohnehin niedrigen Niveau weiter ab. Afrika zählt ganz klar zu den Verlierern der Globalisierung der Weltwirtschaft, in der Konkurrenz zwischen den Investitionsstandorten konnte es bisher nicht bestehen.

Das Gewicht dieser drei Konstanten verleitet derzeit einige Afrikawissenschaftler dazu, Afrika als Ganzem jegliche Entwicklungsfähigkeit abzusprechen. Auch mir und meinen fünf Kollegen, die zusammen das Afrika-Memorandum geschrieben haben, wurde diese Auffassung unterstellt. Zu betonen ist aber, daß weder ich noch meine fünf Mitautoren die drei zuvor skizzierten Konstanten für unveränderbar halten. Vielmehr findet in Afrika ein umfassender Prozeß des sozialen Wandels, vor allem durch Alphabetisierung und Urbanisierung, statt, der langfristig neopatrimoniale Herrschaft, ungünstige Entwicklungsbedingungen und internationale Marginalisierung überwinden könnte.

Gegenwärtig überwiegen in den meisten Ländern

noch die Schattenseiten des sozialen Wandels. Gesellschaftliche Veränderungen bedingen nahezu zwangsläufig soziale und politische Konflikte. Sie begünstigen darüber hinaus Identitätsverlust und Orientierungslosigkeit im Widerstreit zwischen traditionellen und modernen Werten. In einigen Staaten Afrikas haben aber Alphabetisierung und Urbanisierung mittlerweile zur Entstehung einer autonomen Mittelschicht beigetragen, die ein Interesse an dem Funktionieren staatlicher Institutionen hat und eine wirtschaftliche Dynamik entfaltet, die wiederum ungünstige Entwicklungsbedingungen überwinden kann. Südafrika, Senegal und Ghana und vielleicht künftig auch Kenia könnten hierfür Beispiele sein.

Langfristig könnte diese Entwicklung zu einer Reintegration von zumindest Teilen Afrikas in die internationale Politik und die Weltwirtschaft führen. Kurzfristig scheinen die Schattenseiten des sozialen Wandels in Afrika zumindest geeignet, die Aufmerksamkeit von Sicherheitspolitikern auf sich zu ziehen. Seit dem 11. September ist klar, daß eine Mischung aus sozialer Verelendung, wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit, politischer Ohnmacht und Staatsversagen den Nährboden für Kräfte bietet, die ihre Frustration und Aggression gegen die vermeintlichen Verursacher ihres Elendes im Norden richten könnten.

Deutsche Afrikapolitik

Der letzte Teil dieses Überblicks widmet sich der Frage, ob die deutsche Afrikapolitik geeignet ist, einen Beitrag zur Beschleunigung des Wandels und der Überwindung der Entwicklungshemmnisse zu leisten. Meines Erachtens ist dies aus fünf Gründen nicht der Fall.

Der erste Grund ist ein altbekannter und lang diskutierter: das Kohärenzproblem. Selbst konzeptionell überzeugendste entwicklungspolitische Ansätze und deren effiziente Umsetzung werden wenig erreichen, solange sie von der Handels- und Agrarpolitik konterkariert werden. Es ist mittlerweile weithin bekannt, daß die Summe der jährlichen Agrarsubventionen Europas und der USA das Volumen der insgesamt geleisteten öffentlichen Entwicklungshilfe erheblich übersteigt. Das Kohärenzproblem besteht allerdings nicht nur zwischen der Entwicklungspolitik und der Politik in anderen Feldern, sondern auch in der Afrikapolitik selbst. Bei der Beurteilung der politischen Bedingungen für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit leisten wir uns in einem Maße Doppelstan-

dards, die die Glaubwürdigkeit unserer Afrikapolitik generell in Frage stellt.

Der zweite Grund besteht in einem Wahrnehmungsproblem in der Afrikapolitik, die derzeit vor allem Entwicklungspolitik ist. Viele Entscheidungsträger in der Entwicklungspolitik weigern sich, die Tiefe der afrikanischen Strukturprobleme zur Kenntnis zu nehmen. Statt dessen überwiegt die Neigung, Afrika gesund beten zu wollen, negative Aspekte werden ignoriert, positive überzeichnet. Hierfür gibt es meines Erachtens zweierlei Gründe. Zum einen besteht die Illusion, die mangelnde Attraktivität Afrikas als Investitionsstandort beruhe vor allem auf dem Bild des Krisenkontinents, das in den Medien gezeichnet wird. Man müsse also diesem Bild nur ein positives entgegenhalten, um Investoren nach Afrika zu locken. Ich meine, daß jene, die dies propagieren, die Rationalität von Investitionsentscheidungen bei weitem unterschätzen. Zum anderen würde eine ehrliche Einschätzung der Lage in Afrika das Eingeständnis implizieren, daß unsere bisherigen entwicklungspolitischen Ansätze in der Region gescheitert sind.

Ein weiterer Grund für die Fehlsteuerung deutscher Afrikapolitik liegt in der Überforderung der Entwicklungspolitik. Das beste Beispiel hierfür sind die sogenannten Millenniumsziele, allen voran das Ziel, bis 2015 die Zahl der absolut Armen in Afrika um die Hälfte zu reduzieren. Es gibt mittlerweile einen breiten Konsens in der Entwicklungsökonomie, daß ein derart umfassendes Konzept der Armutsbekämpfung in Afrika nur Erfolg haben kann, wenn es durch ein anhaltendes und kräftiges Wirtschaftswachstum getragen wird. Die Weltbank spricht von 7% Wachstum jährlich. Jeder der sich die Wirtschaftsdaten afrikanischer Länder in den vergangenen 20 Jahren ansieht, wird feststellen, daß die Erwartung, dies ließe sich in der Region über einen Zeitraum von 15 Jahren hinweg erreichen, völlig unrealistisch ist. Dennoch hält die deutsche Entwicklungspolitik am Primat der Armutsbekämpfung fest und ordnet ihr alle anderen Bereiche unter. Selbst wenn es gelingt, die deutsche Entwicklungshilfe wie angekündigt von jetzt 0,27% des BIP auf 0,33% im Jahre 2006 zu steigern, wird 2015 kaum mehr als das Eingeständnis übrig bleiben, daß man in Afrika an der Realisierung der Millenniumsziele gescheitert ist.

Die Verabsolutierung der Millenniumsziele ist aber nicht nur für deutsche Entwicklungspolitik ein Problem, sie setzt auch falsche Schwerpunkte in Afrika selbst. Die gegenwärtige Armutsbekämpfungsstrategie behandelt das Problem der Armut überwiegend als

Output- und nicht als Input-Problem. Mit anderen Worten: Der Armutsbekämpfung liegt die Annahme zugrunde, daß es vor allem einer neu konzipierten und effektiveren Politik bedürfe, um das Problem zu beheben. Sie stellt sich nicht der Frage, warum denn bisher Armutspolitik in Afrika falsch konzipiert oder umgesetzt wurde. Die Antwort hierauf ist in den von mir skizzierten Mechanismen neopatrimonialer Herrschaft in Afrika zu suchen. Um die klareren englischen Begriffe dafür zu benutzen: Armutsbekämpfung müßte sich nicht auf die policy der Armut, sondern auf die politics der Armut konzentrieren. Das bedeutet, daß Ansätze der Demokratieförderung und Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit eine viel prominentere Rolle in der deutschen Afrikapolitik spielen müßten, als dies bisher der Fall ist. Zwar wird dieser Politikbereich in Verlautbarungen immer wieder als primär hervorgehoben, tatsächlich fließen ihm aber weitaus weniger als zehn Prozent der personellen und materiellen Entwicklungszusammenarbeit zu.

Eng damit zusammen hängt der fünfte Grund für die Schwäche deutscher Afrikapolitik. Sie ist nach wie vor bestimmt durch die Entwicklungspolitik, die wiederum nach wie vor wesentlich durch technokratische Ansätze definiert ist. Um die Chancen, die die Differenzierung Afrikas tatsächlich bietet, ebenso zu nutzen, wie auf die Gefahren zu reagieren, die aus der Region erwachsen, bedarf es der ganzen Breite außen-, sicherheits-, entwicklungs- und kulturpolitischen Engagements und eines politischen Verständnis der Wahrnehmung dieser Aufgaben.

Lassen sie mich am Ende zusammenfassen, was meines Erachtens notwendig ist, um den Entwicklungshemmnissen Afrikas in der deutschen Politik gerecht zu werden:

- Erstens, eine Berücksichtigung unserer afrikapolitischen Ziele in anderen Politikfeldern, insbesondere in der Handels- und Landwirtschaftspolitik.
- Zweitens, eine ehrliche und offene Analyse der Probleme, aber auch der Chancen der Entwicklung in Afrika, die insbesondere die Größe der Entwicklungshemmnisse wie auch die der Differenzierung der Region zur Kenntnis nimmt.
- Drittens, eine Anpassung der afrikapolitischen Ziele an die Ressourcen, die wir tatsächlich bereit sind, für die Region einzusetzen.
- Viertens, eine Umorientierung der Ent-

wicklungspolitik gegenüber Afrika, weg von der Output- hin zur Inputseite von Politik, das heißt Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und der Handlungsfähigkeit staatlicher Institutionen.

- Fünftens eine Afrikapolitik, die sehr viel mehr als Entwicklungspolitik ist, sie auch als Aufgabe der Diplomatie, der Sicherheits- und der Kulturpolitik begreift.